

ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hansestadt Osterburg
Bilanz zum 31. Dezember 2017
Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	30.704,15	33.452,51
2. Geleistete Anzahlungen	23.171,82	17.571,82
	53.875,97	51.024,33
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.887.835,12	1.987.340,52
2. Technische Anlagen und Maschinen	135.473,38	171.847,71
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	375.599,36	399.611,05
	2.398.907,86	2.558.799,28
III. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.554.066,60	1.538.453,64
	4.006.850,43	4.148.277,25
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.331,42	46.630,05
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	355.765,30	225.110,19
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.179.239,38	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	159.392,60	209.768,84
	1.694.397,28	434.879,03
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.841.707,92	4.253.550,22
	4.539.436,62	4.735.059,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	82.656,88	61.999,88
	8.628.943,93	8.945.336,43

Passiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	725.772,39	725.772,39
III. Bilanzgewinn	2.197.778,53	2.127.211,28
	3.023.550,92	2.952.983,67
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	3.763.563,55	4.349.471,85
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	567.389,34	138.469,19
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.011.857,86	1.164.541,11
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	216.526,05	339.559,51
4. Sonstige Verbindlichkeiten	46.056,21	311,10
(davon aus Steuern € 44.341,86; Vorjahr T€ 0)		
(davon im Rahmen der Sozialen Sicherheit € 0,00; Vorjahr € 311,10)		
	1.841.829,46	1.642.880,91
	8.628.943,93	8.945.336,43

ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hansestadt Osterburg
**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	8.119.360,03	7.274.969,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	55.112,70	100.108,43
	8.174.472,73	7.375.077,59
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.285,78	3.563,89
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.727.956,08	4.416.460,49
	4.730.241,86	4.420.024,38
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.230.480,63	1.152.041,18
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	330.841,12	314.346,97
davon für Altersversorgung: € 49.746,39; Vorjahr € 45.902,53)		
	1.561.321,75	1.466.388,15
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	404.962,30	408.592,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.292.836,16	821.620,02
7. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	21.206,04	21.997,07
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	10,57
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.392,40	85,68
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	55.045,69	76.179,15
11. Ergebnis nach Steuern	144.878,61	204.195,18
12. Sonstige Steuern	9.265,36	6.245,06
13. Jahresüberschuss	135.613,25	197.950,12
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.062.165,28	1.929.261,16
15. Bilanzgewinn	2.197.778,53	2.127.211,28

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

Die ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH (kurz ALS) ist hinsichtlich ihrer abfallwirtschaftlichen Aufgaben für den Landkreis Stendal als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (kurz: örE) beauftragte Dritte im Sinne § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG).

Der Landkreis Stendal hat nach Maßgabe des KrWG als örE die in seinem Gebiet anfallenden und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen im Rahmen seiner Pflichtaufgaben zu entsorgen. Unter Bezugnahme des § 22 KrWG hat der Landkreis Stendal seine Eigengesellschaft „ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH“ mit der Erfüllung wesentlicher Pflichten mittels Geschäftsbesorgungsvertrag beauftragt. Dazu gehören insbesondere:

- Organisation und Umsetzung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung
- Betrieb einer Abfallannahme und Umladestation Stendal (kurz: AUS) sowie von 6 Recyclinghöfen im Landkreis Stendal
- Behältermanagement aller Abfallbehälter der öffentlichen Entsorgung
- Betrieb eines Zwischenlagers für gefährliche Abfälle an der AUS
- Betrieb einer Sammelstelle gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) an der AUS
- Einsammlung und Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen in Natur und freier Landschaft des Landkreises Stendal (§ 11 AbfG LSA)
- Rekultivierung der kreiseigenen Deponien sowie die Erfüllung der damit verbundenen Nachsorgemaßnahmen
- Versand der Abfallgebührenbescheide sowie Abfallgebühreneinzug (inkl. Mahnwesen) für den Landkreis
- Öffentlichkeitsarbeit und die Abfallberatung nach § 46 KrWG bezogen auf die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung
- Bezogen auf die privatwirtschaftlich organisierte Verpackungsentsorgung der dualen Systeme: Aufgaben, die dem Landkreis Stendal entsprechend der Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systembetreibern hinsichtlich der Entsorgung gebrauchter Verkaufsverpackungen (Altglas, Leichtverpackungen, Pappe/ Papier/ Kartonagen) obliegen; z.B. fortlaufende Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und die Abfallberatung, Unterhaltung und Sauberhaltung von Glascontainer-Standplätzen.

Die ALS erbringt die Aufgaben der Sammlung, der Beförderung, der Verwertung und der Behandlung der Abfälle nicht selbst, sondern hat diese Entsorgungsdienstleistungen an private Entsorgungsunternehmen vergeben.

Die ALS erfüllt die Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV) und ist nach §§ 56, 57 KrWG berechtigt, die Bezeichnung Entsorgungsfachbetrieb zu führen (Zertifikat der technischen Überwachungsorganisation Gesellschaft für Unternehmensberatung, Umwelt- und Qualitätsmanagement mbH).

Darüber hinaus erbringt die ALS sonstige Dienstleistungen:

- Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung
- EDV-Dienstleistungen

1.2. Ziele und Strategien

Im *Bereich der Abfallwirtschaft* wurde der Wegfall des Deponiebetriebes in Stendal und Havelberg (Annahme und Einbau bis 2005) durch Erweiterungen des operativen Geschäftsbetriebes an der AUS mittlerweile kompensiert. Hierzu gehören insbesondere:

- Annahme, Lagerung und Umschlag von Abfällen
- Behältermanagement aller Abfallbehälter der öffentlichen Entsorgung
- Betrieb eines Zwischenlagers für gefährliche Abfälle
- Betrieb einer Sammelstelle gemäß ElektroG
- Einsammlung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen in Natur und freier Landschaft

Der eigene operative Geschäftsbetrieb der ALS ist auf dem Grundstück der Deponie Stendal, der heutigen „Abfallannahme und Umladestation Stendal“ (Osterburger Straße 64a, 39576 Stendal), langfristig gesichert.

Seit dem 01.01.2017 ist die ALS alleinige Grundstücksnutzerin sowie Eigentümerin von zwei auf dem Grundstück befindliche Hallen (Umschlags- und Lagerhalle), welche von der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ALBA) käuflich erworben wurden. Parallel dazu wurde der damalige dreiseitige Gestattungs- und Nutzungsvertrag (Landkreis Stendal, ALS, ALBA) – mit Ablauf des 31.12.2016 – beendet. Seitdem führt die ALS den Umschlag der Beseitigungsabfälle in Eigenregie durch. Zudem wird die ALS in die Lage versetzt, auch den Altpapierumschlag ab 2018 selbst wahrzunehmen.

Der Entsorgungsmarkt unterliegt ständigen Änderungen. Erzielbare Wertstoff Erlöse können nicht immer anfallende Entsorgungskosten kompensieren. Die Eigenvermarktung der Elektroaltgeräte sowie Erfassungssysteme für stoffgleiche Nichtverpackungen, Alttextilien und Altmetalle müssen laufend geprüft und ggf. eingeführt bzw. ausgebaut werden. Es müssen spezifisch steigende Entsorgungskosten auf Grund rückläufiger Abfallmengen und rückläufiger Einwohnerzahlen durch optimale Erfassungssysteme sowie durch erlösträchtige Vermarktung von Verwertungsabfällen möglichst kompensiert werden.

Im *Bereich Gebäudebewirtschaftung* sind im Verwaltungsgebäude „Platz des Friedens 3“ Teilflächen an eine landwirtschaftliche Beratungsgesellschaft fest vermietet. Der Mietvertrag für das Verwaltungsgebäude „Ernst-Thälmann-Straße 1-2“ wurde Ende 2013 um fünf Jahre verlängert. Hier gilt es, die bestehenden Mietverträge fortzuführen.

Im *Bereich EDV-Dienstleistungen* gibt es zwei feste Vertragspartner, die sich der Buchhaltungssoftware der ALS bedienen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Rahmenbedingungen

Das Ergebnis der Gesellschaft ist im Wesentlichen durch die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Abfallwirtschaft fremdbestimmt, z. B. durch

- die demographische Entwicklung im Landkreis Stendal,
- die eingesammelten und angelieferten Abfallmengen,
- die Entwicklung von Marktpreisen für Altpapier und Metalle.

Darüber hinaus haben Einfluss auf das Ergebnis:

- die Mietverhältnisse im Osterburg,
- die Angebots-/Nachfragesituation im IT-Bereich sowie
- der Aufwand im Rahmen der AbstV zur Verpackungsentsorgung der dualen Systeme.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Auftragslage wird nahezu vollumfänglich durch den Geschäftsbesorgungsvertrag zur öffentlichen Abfallentsorgung mit dem Landkreis Stendal bestimmt. Die in diesem Zusammenhang angefallenen Selbstkosten werden vom Landkreis Stendal erstattet (Selbstkostenerstattungspreis).

- In 2017 musste die ALS letztmalig Abfälle zur Behandlung bzw. Beseitigung akquirieren, um die vertragliche Mindestanlieferungsmenge gegenüber der MHKW Rothensee GmbH zu erfüllen. Der Vertrag endete 2017. Zum Fehlmengenausgleich bestand eine Kooperationsvereinbarung mit der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel (als jeweils öffentlicher Auftraggeber) zu einem ganzjährig kostendeckenden Preis.
- Die Altpapiervermarktung ist im Vergleich zum Vorjahr durch insgesamt wesentlich höhere Erlöse gekennzeichnet – auf Grund stetiger Papiermengen und ganzjährig hoher Verkaufspreise.
- Die Gesellschaft hat Anfang des Jahres die Restabfallsammlung, Sperrabfall/Elektroaltgerätesammlung, Bioabfallsammlung, Sammlung von gefährlichen Abfällen („Schadstoffe“) sowie die Altpapiersammlung und –verwertung EU-weit im offenen Verfahren ausgeschrieben. Bis auf die Schadstoffentsorgung war jede Leistung von Nachprüfungsverfahren (1. Vergabekammer des Landes Sachsen-Anhalt, 1. VK LSA) und Beschwerdeverfahren (Oberlandesgericht Naumburg) betroffen. Alle Nachprüfungsanträge wurden entweder zurückgezogen oder von der 1. VK LSA zurückgewiesen. Bisher hatte kein Beschwerdeverfahren vor dem OLG Erfolg. Auf Grund der bestehenden Zuschlagssperren war ein weiteres EU-weites Ausschreibungsverfahren zur Absicherung der Abfallentsorgung (Übergangslösung) erforderlich. Auch dieses Verfahren wurde beklagt, die Zuschläge aus diesem Verfahren konnten jedoch – auf Grund einer Vorabgestattung durch die 1. VK LSA – mittlerweile von der ALS erteilt werden. Diese Vergabe-, Nachprüfungs- und Beschwerdeverfahren wurden bzw. werden anwaltlich und ingenieurtechnisch begleitet und führten zu zusätzlichen Kosten.

- Der Gesellschaft war Ende 2016 vom Landkreis beauftragt worden, die Gesamtdatenbestände aller Anschluss- und Gebührenpflichtigen (Haushalte, Gewerbe) zu überprüfen. Anlass waren Konflikte mit dem für die Leichtverpackungs-Abfälle (LVP-Abfälle) zuständigen Entsorger. Nach zahlreichen Reklamationen und Beschwerden von privaten Endverbrauchern (Haushalte, teilweise Gewerbe) über die unzureichende Abfuhr von LVP-Abfällen hatten Vertreter des Entsorgungsunternehmens in Reaktion auf die Vorwürfe öffentlich behauptet, im Landkreis seien nicht alle Haushalte/Einwohner bzw. nicht alle Gewerbetreibenden an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen. Diese Behauptungen fanden auch Eingang in die örtliche Presse. Bis zu diesem Zeitpunkt waren im Landkreis oder bei der Gesellschaft noch nie Zweifel am Anschlussgrad an die öffentliche Abfallentsorgung aufgekommen. Um diese Behauptungen fundiert entkräften zu können, entschied sich der Landkreis zu einer Überprüfung durch die ALS (beauftragte Geschäftsbesorgung). Zur Erfüllung dieser außerordentlichen Aufgabe waren bei der ALS zeitweise zusätzliche Arbeitskräfte (Aushilfen und befristet Beschäftigte) erforderlich, die zu zusätzlichen Kosten führten.

Die Beschäftigtenzahl war im Berichtsjahr 2017 mit durchschnittlich 26 Personen (Vorjahr: 25 Personen) geringfügig höher.

2.3. Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von TEUR 136 (Vorjahr: TEUR 198) ab. Damit erzielt die Gesellschaft ein mit den Vorjahren (außer 2014) vergleichbares Ergebnis.

Geplante Mittelabflüsse für Deponierekultivierungen und -nachsorge bestimmen derzeit und in den folgenden Geschäftsjahren die Entwicklung der Bilanzsumme. Der Gesellschaft standen im Berichtsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung.

Erläuterungen zur Gewinn und Verlustrechnung 01.01.2017 bis 31.12.2017

- **Umsatzerlöse**
Im Vergleich zum Vorjahr ist der Umsatz insgesamt mit TEUR 8.119 (Vorjahr: TEUR 7.275) gestiegen. Hauptanteil daran hat der Geschäftsbereich Abfallwirtschaft, deren Umsatzerlöse mit TEUR 7.701 (Vorjahr TEUR 6.861) gestiegen sind.
- **Sonstige betriebliche Erträge**
Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich auf TEUR 55 (Vorjahr TEUR 100; GJ 2015: 48) und entsprechen einer mit den Vorjahren (außer 2014) vergleichbaren Höhe. Darin enthalten sind Zuschüsse zur Förderung von abfallwirtschaftlichen Maßnahmen.
- **Materialaufwand**
Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 4.730 hat sich gegenüber dem Vorjahr (TEUR 4.420) erhöht.

- Personalaufwand

Der Personalaufwand in Höhe von TEUR 1.561 (Vorjahr: TEUR 1.466) ist höher ausgefallen. Die Ursachen sind: Tarifsteigerung gemäß TVöD (um 2,35% zum 01.02.2017) sowie befristet Beschäftigte.

- Abschreibungen

Die Abschreibungen entsprechen mit TEUR 405 (Vorjahr: TEUR 409) in etwa dem Vorjahresniveau.

- Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 1.293 (Vorjahr: TEUR 821) erheblich höher ausgefallen.

Im Rahmen der EU-weiten Vergabeverfahren sowie der Nachprüfungs- und Beschwerdeverfahren war eine anwaltliche und ingenieurtechnische Begleitung erforderlich, die zu erheblichen Kostensteigerungen führte. Darüber hinaus waren umfangreiche Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Leichtverpackungen (LVP) erforderlich. Für den Abgleich der Gesamtdatenbestände aller Anschluss- und Gebührenpflichtigen (Haushalte, Gewerbe) waren bei der ALS zeitweise Aushilfskräfte (Leiharbeitskräfte) erforderlich, die zu zusätzlichen Kosten führten.

- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Im Berichtsjahr sind die Zinseinnahmen mit TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 22) in etwa wie im Vorjahr ausgefallen.

- Steuern und Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2017 fiel der Jahresüberschuss mit TEUR 136 (Vorjahr TEUR 198) etwas geringer aus. Die Ertragsteuern haben sich im Berichtsjahr ergebnisbedingt verringert.

Erläuterungen zur Bilanz zum 31.12.2017

Die Bilanzsumme in Höhe von TEUR 8.629 (Vorjahr: TEUR 8.945) ist gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr gesunken.

- Aktiva

Die Vermögenslage der Gesellschaft auf der Aktivseite wird durch die Bestände des Anlagevermögens inkl. der Finanzanlagen und der Liquididen Mittel in Höhe von insgesamt TEUR 6.848 (Vorjahr: TEUR 8.401) gekennzeichnet, die 79 % (Vorjahr 94 %) der Bilanzsumme darstellen.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 4.007 (Vorjahr: TEUR 4.148) hat sich im Berichtsjahr insgesamt verringert. Das *Sachanlagevermögen* verringerte sich auf TEUR 2.399 (Vorjahr: TEUR 2.559).

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 4.539 (Vorjahr: TEUR 4.735). Die *sonstigen Vermögensgegenstände* in Höhe von TEUR 159 (Vorjahr: TEUR 210) beinhalten insbesondere Forderungen gegen das Finanzamt Stendal aus Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer. Der Rückgang der liquiden Mittel auf TEUR 2.841 (Vorjahr: TEUR 4.253) resultiert im Wesentlichen aus den Zahlungsmittelflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Dem gegenüber stehen Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von TEUR 1.179.

- **Passiva**

Auf der Passivseite der Bilanz stellen die Rückstellungen TEUR 3.763 (Vorjahr: TEUR 4.349) mit 44 % (Vorjahr 49%) der Bilanzsumme den größten Posten dar.

Rückstellungen

Wesentlichste Position sind die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Stendal, Havelberg und Scheeren mit TEUR 3.712 (Vorjahr: TEUR 4.302). Bei der Bewertung der Rekultivierungsrückstellungen wurde berücksichtigt, dass die Gesellschaft vom Landkreis Stendal von der Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung freigestellt wurde, soweit die zukünftigen Kosten den Rückstellungsbetrag zum 31. Dezember 1997 übersteigen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.842 (Vorjahr: TEUR 1.643) haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Darin enthalten sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter mit TEUR 217. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf TEUR 567 (Vorjahr TEUR 138). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich auf TEUR 1.012 (Vorjahr: TEUR 1.164) verringert.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2017 weist die Gesellschaft ein bilanzielles Eigenkapital von TEUR 3.024 (Vorjahr: TEUR 2.953) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 35 % (Vorjahr: 33 %). Ein Teil des Gewinns des Geschäftsjahres 2016 wurde im Berichtsjahr nach vorausgegangenem Ausschüttungsbeschluss der Gesellschafterversammlung an den Gesellschafter ausgeschüttet.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die Gesellschaft muss weiterhin dafür Sorge tragen, dass planmäßig ausreichende Liquidität für die Erfüllung der Verpflichtung zur Rekultivierung und Nachsorge der Deponien gesichert ist. Die Planungen stützen sich auf das aktuell vorliegende Gutachten, das nach Abschluss der letzten Baumaßnahmen an der Deponie Stendal (in 2018) einer erneuten Überprüfung unterzogen wird.

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die kurzfristigen Forderungen, die Finanzanlagen des Anlagevermögens sowie die Liquidien Mittel dar. Das Bonitäts- und Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und danach Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht.

Die wesentlichen *Chancen* der Gesellschaft bestehen in der Weiterentwicklung der Aufgabe der Organisation der Abfallentsorgung im Landkreis Stendal. Da die Aufwendungen auf der Basis von Selbstkostenerstattungspreisen vom Landkreis Stendal getragen werden, ist die ALS von Veränderungen wie der demografischen Entwicklung nur eingeschränkt betroffen. Anspruch der Gesellschaft ist es, den Bürgern im Landkreis Stendal, die die Aufwendungen letztlich über Gebühren zu tragen haben, eine kostengünstige aber effiziente Abfallentsorgung zur Verfügung zu stellen.

Die die Abfallentsorgung am stärksten belastende Dienstleistung ist die Behandlung der Beseitigungsabfälle. Der entsprechende Vertrag mit dem Müllheizkraftwerk Rothensee endet mit Ablauf des Jahres 2017. Die Behandlung der Beseitigungsabfälle wurde bereits Anfang 2016 gemeinsam mit der Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel EU-weit im offenen Verfahren ausgeschrieben. Der Vertrag über eine Laufzeit von 6 Jahren (mit einer einseitigen Verlängerungsoption von 2x zwei Jahren) wurde erneut mit der MHKW Rothensee GmbH geschlossen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einer ausgeglichenen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Rückblick auf das Geschäftsjahr 2017 sowie Ausblick auf das Geschäftsjahr 2018

- **Umsatzerlöse**

Im Geschäftsjahr 2017 sind insgesamt höhere Umsatzerlöse erzielt worden als erwartet. Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir insgesamt geringere Umsatzerlöse, u.a. weil unter Zugrundelegung gleichbleibender Verwertungsmengen für Altpapier diese Umsatzerlöse geringer ausfallen werden. China hat ein Importverbot u.a. für Papier verhängt, dies schlägt sich wesentlich auf den Altpapierpreis nieder.

- **Materialaufwand**

Auf Grund der Zuschlagssperren in den Vergabenausschreibungsverfahren waren zur Sicherstellung der öffentlichen Abfallentsorgung übergangsweise Beauftragungen ab dem 01.01.2018 (bis mindestens

31.10.2018) erforderlich, die zu leichten Kostensteigerungen führen werden. Zum endgültigen Preisniveau der neuen Verträge können erst nach Abschluss des Vergabebeschwerdeverfahrens (OLG Naumburg) Angaben gemacht werden.

In 2017 konnten rein mineralische Bau- und Abbruchabfälle nicht mehr als Deponieersatzbaustoffe eingebaut werden. Diese mussten erstmals über Dritte entsorgt werden, so dass zusätzliche Kosten im Rahmen der sonstigen Abfallbehandlung angefallen sind. Das wird auch in 2018 so sein.

- **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Das aktuelle Vergabebeschwerdeverfahren (OLG Naumburg) dauert voraussichtlich noch bis Sommer 2018 an, so dass seit dem 01.01.2018 die übergangsweisen Entsorgungsdienstleistungen abgesichert werden mussten. Ein anwaltlicher und ingenieurtechnischer Beratungsaufwand hierfür war bzw. ist auch in 2018 erforderlich. Zudem setzen sich die Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Abstimmung zur LVP-Entsorgung im Landkreis auch in 2018 fort. Hinzukommen im 1. Quartal 2018 die Zuarbeiten der ALS an den Landkreis für eine zum 01.01.2017 rückwirkende Abfallgebührenkalkulation sowie für die Überarbeitung der Abfallgebühren- und Abfallentsorgungssatzung des Landkreises, die gemäß Aufsichtsratsbeschluss unter Hinzuziehung eines Anwalts- und eines Ingenieurbüros entstanden sind.

- **Jahresergebnis**

Im Geschäftsjahr 2017 ist das Ergebnis der Gesellschaft niedriger ausgefallen. Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir, dass das Ergebnis nach Steuern im Vergleich zum Berichtsjahr niedriger sein wird. Das Ergebnis wird beeinflusst durch die anhängigen Rechtsstreitigkeiten sowie durch Maßnahmen zur Sicherstellung einer reibungslosen öffentlichen Abfallentsorgung.

- **Mitarbeiter**

Im Geschäftsjahr 2017 lag die Mitarbeiterzahl leicht höher. Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir eine leicht höhere Mitarbeiterzahl.

Hansestadt Osterburg (Altmark), den 06.06.2018

Madlen Gose

-Geschäftsführerin-
ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH
Sitz der Gesellschaft: Hansestadt Osterburg (Altmark)
Amtsgericht Stendal HRB 1000

Allgemeines

Die Gesellschaft erfüllt die Größenkriterien einer kleinen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Gemäß § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags sind die für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB zu beachten. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB angewendet.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung anzubringen sind, zum Teil im Anhang aufgeführt.

Darstellungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug von linearen planmäßigen Abschreibungen bzw. außerplanmäßigen Abschreibungen zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Darüber hinaus wurden unter Anwendung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB Abschreibungen nach der steuerrechtlichen Vorschrift des § 7i EStG vorgenommen. Das Jahresergebnis wird dadurch in Höhe von TEUR 7 beeinflusst.

Bei der Bemessung der Nutzungsdauern für die planmäßigen Abschreibungen werden die steuerlichen Abschreibungssätze gemäß amtlicher AfA-Tabellen zugrunde gelegt, die mit den betrieblichen Erfahrungen übereinstimmen.

Seit 1. Januar 2008 werden selbstständig nutzbare, bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit einem Anschaffungswert bis EUR 150,00 (netto) direkt als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 150,00 (netto) bis einschließlich EUR 1.000,00 werden in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben wird. Scheidet ein Vermögensgegenstand vorzeitig aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten in Höhe von 91 TEUR erworben, die aktiviert und über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben werden.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr wird in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Umlaufvermögen

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt, soweit nicht niedrigere Stichtagswerte anzusetzen sind.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die liquiden Mittel sind zum Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Alle Forderungen weisen eine Restlaufzeit von unter einem Jahr aus.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen Lieferungen und Leistungen..

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus Steuern, darunter Umsatzsteuererstattungsansprüche in Höhe von 99 TEUR, die rechtlich nach dem Bilanzstichtag entstehen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennwert bilanziert und in der im Handelsregister eingetragenen Höhe ausgewiesen. Das Stammkapital beträgt EUR 100.000,00. Vom Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2016 wurden TEUR 65 ausgeschüttet. Der in den Bilanzgewinn einbezogene Gewinnvortrag beträgt TEUR 2.062 (Vorjahr TEUR 1.929).

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen zur Deponienachsorge in Höhe von TEUR 3.712 (Vorjahr: TEUR 4.302) gebildet. Bei der Bewertung der Rückstellung zur Deponienachsorge wurde berücksichtigt, dass der Landkreis Stendal einen Teil der Verpflichtungen zur Rekultivierung und Nachsorge übernommen hat. Die Übernahmeverpflichtung bezieht sich auf den Betrag, der den Rückstellungswert zum 31. Dezember 1997 übersteigt.

Zum 31. Dezember 2017 ergibt sich nach Anwendung der BilMoG-Regelungen ein Rückstellungsbedarf von TEUR 3.504 (Vorjahr 4.092). Die Rückstellung wurde unter Anwendung des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB mit dem Vorjahreswert und der planmäßigen Auflösung fortgeführt, da der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten nach Fristigkeiten ergibt sich wie folgt:

	Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten	mit einer Restlaufzeit von bis 1 Jahr	> 1Jahr	davon > 5 Jahre	durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	567 (138)	71 (23)	496 (115)	214 (21)	0 (0)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.012 (1.164)	1.012 (1.164)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	217 (340)	217 (340)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
4. Sonstige Verbindlichkeiten *	46 (1)	46 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
	1.842 (1.643)	1.346 (1.528)	496 (115)	214 (21)	0 (0)

* davon aus Steuern TEUR 44 (Vorjahr: TEUR 0)

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betreffen Verbindlichkeiten aus Rückzahlungsbeträgen auf Dienstleistungsentgelte des Landkreises Stendal für das Geschäftsjahr 2017.

Im Geschäftsjahr wurden Zahlungen an den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Magdeburg, Zusatzversorgungskasse (ZVK) Sachsen-Anhalt für das zusatzversorgungspflichtige Entgelt TEUR 1.238 (T€ 1.192) aller Beschäftigten geleistet.

Es kann zurzeit nicht eingeschätzt werden, inwieweit Versorgungsverpflichtungen durch die Zusatzversorgungskasse nicht gedeckt sind. Im Falle der Auflösung der Kasse erlöschen alle Versicherungen.

Die bestehenden Verpflichtungslasten gehen an die Mitglieder über. Der Verband macht vom Passivierungswahlrecht nach Artikel 28 Abs. 1 EGHGB keinen Gebrauch und verzichtet auf die Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** teilen sich wie folgt auf:

	2017	Vorjahr	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Abfallwirtschaft	7.701	6.861	+ 840
DSD Nebenleistungen	163	162	+ 1
Gebäudebewirtschaftung	180	182	- 2
Mahnwesen	53	54	- 1
EDV-Service	22	16	+ 6
	8.119	7.275	+ 844

Sonstige Pflichtangaben

Personal

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 26 (Vorjahr: 25) Personen beschäftigt, und zwar 8 (Vorjahr: 8) Arbeiter und 18 (Vorjahr: 17) Angestellte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit dem Landkreis zur Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Stendal, Havelberg, Scheeren und Schönhausen/Schollene verpflichtet. Seit November 2010 sind die Deponien Schönhausen/Schollene durch den Landkreis Stendal Untere Abfallbehörde aus der Nachsorgephase entlassen. Im Geschäftsbesorgungsvertrag vom 1. Dezember 1997, in der Neufassung vom 19. Mai 2003, ist vereinbart, dass der Landkreis Stendal für die Rekultivierungs- und Nachsorgekosten, die die bei der Gesellschaft bilanzierten Rekultivierungsrückstellungen übersteigen, aufkommt. Da die vertragliche Verpflichtung zur Rekultivierung und Nachsorge unverändert bei der Gesellschaft liegt, belaufen sich die den bei der Gesellschaft bilanzierten Betrag übersteigenden Beträge wie folgt:

Unter Berücksichtigung bereits durchgeführter Sanierungsarbeiten ergibt sich nach der aktuellen Planung ein Rückstellungsbedarf zum 31. Dezember 2017 von ca. EUR 9,1 Mio. netto (EUR 11,8 Mio. brutto), der die bei der Gesellschaft gebildeten Rückstellungen (EUR 3,7 Mio.) um EUR 5,4 Mio. netto (EUR 6,4 Mio. brutto) übersteigt.

Mit der Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH besteht ein langfristiger Vertrag über die Entsorgung von Abfällen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen insbesondere aus Versicherungs-, Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von ca. TEUR 248 für das Jahr 2018.

Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers für Abschlussprüfungsleistungen beträgt TEUR 10. Weitere Leistungen wurden vom Abschlussprüfer nicht erbracht.

Geschäftsführung

Zur Geschäftsführerin der Gesellschaft ist Frau Madlen Gose, Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), bestellt. Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführerin wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich aus insgesamt sieben Mitgliedern wie folgt zusammen:

- | | |
|--------------------------|--|
| - Herr Carsten Wulfänger | Landrat des Landkreises Stendal
(Aufsichtsratsvorsitzender) |
| - Herr Bernd Prange | Unternehmer
(stellvertretender Vorsitzender) |
| - Herr Dr. Denis Gruber | 1. Beigeordneter (Dezernent) und Umweltamtsleiter
des Landkreises Stendal |
| - Frau Susanne Hoppe | Amtsleiterin Kämmerei (Beteiligungsverwaltung)
des Landkreises Stendal |
| - Herr Dr. Jörg Böhme | Arzt |
| - Frau Annemarie Theil | Beamtin in Ruhestand |
| - Frau Dr. Helga Paschke | Vorruhestand, Eintritt 12.10.2017 |
| - Herr Eduard Stapel | Rentner, Austritt 12.10.2017 |

Im Geschäftsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von EUR 7.500 gezahlt.